22.03.2011

Antrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Beitritt des Landes Nordrhein-Westfalen zur Charta der Vielfalt

I Ausgangslage

Die europäische Charta der Vielfalt ist eine von der Bundesregierung begrüßte und unterstützte Initiative zur Förderung von Vielfalt speziell in Unternehmen. Sie will Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von gesellschaftlicher Vielfalt in umfassender Hinsicht: Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität voranbringen.

Der Wortlaut der „Charta der Vielfalt“:

„Die Vielfalt der modernen Gesellschaft, beeinflusst durch die Globalisierung und den demografischen Wandel, prägt das Wirtschaftsleben in Deutschland.

Wir können wirtschaftlich nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen. Das betrifft die Vielfalt in unserer Belegschaft und die vielfältigen Bedürfnisse unserer Kundinnen und Kunden sowie unserer Geschäftspartner. Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten eröffnet Chancen für innovative und kreative Lösungen.

Die Umsetzung der „Charta der Vielfalt“ in unserem Unternehmen hat zum Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Die Anerkennung und Förderung dieser vielfältigen Potenziale schafft wirtschaftliche Vorteile für unser Unternehmen.

Wir schaffen ein Klima der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens. Dieses hat positive Auswirkungen auf unser Ansehen bei Geschäftspartnern, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern der Welt.

Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland.“

Datum des Originals: 22.03.2011/Ausgegeben: 22.03.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

In Deutschland wurde die Idee im Dezember 2006 aufgenommen. Über 700 Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und diverse Städte sind seitdem der Charta beigetreten.

Erstunterzeichner waren DaimlerChrysler, die Deutsche Bank, die Deutsche BP und die Deutsche Telekom AG. Inzwischen haben auch Bundesministerien, die Agentur für Arbeit und sowie die Städte, Aachen, Bielefeld, Hattingen, Münster, die Bezirksregierung Detmold u.a. die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Zuletzt ist das Land Hessen am 2. Februar 2011 der Charta zusammen mit 15 großen hessischen Unternehmen beigetreten.

In aller Regel wird der Beitritt mit dem europaweit zu verzeichnenden demografischen Wandel und dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel begründet. Die Charta der Vielfalt dient dabei als Leitbild für eine Unternehmens- oder Organisationskultur, aus dem geeignete interne Maßnahmen zur Personalentwicklung und strategischen Ausrichtung abgeleitet werden. Die Charta dient also als strategisches Instrument der zukunftsorientierten Steuerung einer Organisationsstruktur.

Unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität sollen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Umfeld arbeiten können, das frei von Vorurteilen ist. Unterschiedliche Fähigkeiten und Talente eröffnen Unternehmen und Verwaltungen Chancen für Innovationen und kreative Lösungen. Vielfalt ist aus dieser Wahrnehmung heraus ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor.

II Der Landtag stellt fest

Das Land Nordrhein-Westfalen ist geprägt von seiner pluralen Bevölkerungsstruktur. In Ihrem Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90 / die Grünen sich verpflichtet diese Vielfalt zu nutzen und eine Politik für alle Menschen zu machen, die in Nordrhein-Westfalen leben, Ziel einer solchen Politik ist das Empowerment und die positive Ausrichtung auf das Anderssein. Vielfalt ist kein Defizit, sondern eine zentrale Stärke unseres Landes. Bürgerinnen und Bürger können und sollen stolz sein auf die Vielfalt im Land und sollen die Chancen und neuen Perspektiven erkennen, die sich daraus ergeben.

Zahlreiche Unternehmen und Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind der Charta der Vielfalt bereits beigetreten und nehmen die Vielfalt ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. ihrer Bevölkerung als Bereicherung wahr. Das Land als Ganzes schöpft diese Potenziale – noch nicht in Gänze aus.

Deshalb ergibt sich für das Land Nordrhein-Westfalen die Aufgabe:

- ein Integrationsgesetz, um die gesellschaftliche Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund zu erleichtern und zu stärken.

Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund oder Migrationsgeschichte sind ein wichtiger Teil der nordrhein-westfälischen Gesellschaft. Ihr Hintergrund darf nicht als Problem angesehen werden, vielmehr müssen wir die Vorteile verschiedener Lebensgeschichten und Ursprünge interkultureller Kompetenz nutzen sowie verschiedene Sichtweisen als Gewinn für die Gemeinschaft begreifen.

- einen Inklusionsplan, um die Inklusion von Menschen mit Behinderung auf allen Ebenen voranzutreiben.

Menschen mit Behinderung sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Es ist erklärtes Ziel aller Fraktionen im Landtag auf die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung hinzuwirken. Besonders dem systematischen und konsequenten Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum und der Inklusion von Menschen mit Behinderung in Schule und Arbeitsmarkt kommt deshalb eine große Bedeutung zu.

- das Landesgleichstellungsgesetz zu novellieren und eine Gender-Stabstelle einzurichten, die sich um die konsequente Beachtung von Gender-Aspekten in allen Politikbereichen bemüht.

Auch in der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter gibt es noch Nachholbedarf. Noch immer sind zu wenige Frauen in Führungspositionen, noch immer weichen die Lohnstrukturen für Frauen deutlich nach unten ab, unabhängig von den wirklichen Leistungen. Es ist jedoch nachgewiesen, dass ein deutlich erhöhter Frauenanteil auch und gerade auf höheren Arbeitsebenen zu einer positiven und produktiven Veränderung der Arbeitskultur beiträgt. So ist auch in Zeiten von Gender Mainstreaming eine zielgerichtete Frauenförderung nach wie vor unverzichtbar. Allerdings können die Instrumente der Gleichstellung ihre Kraft nur entfalten, wenn sie auch umgesetzt werden. Daher wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz novellieren und in seiner Durchsetzungskraft stärken.

Wir wollen aber auch die speziellen Belange von Jungen und Männern, z. B. in den Bereichen Entwicklung, Bildung und Gesundheit, in den Blick nehmen. Daher gilt es, den Genderansatz koordiniert auf alle Bereiche der Landespolitik anzuwenden.

- einen Aktionsplan gegen Homophobie als Querschnittsprojekt unter Einbeziehung aller Ministerien umzusetzen.

Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LSBT) sind Teil der Bevölkerungsvielfalt in diesem Land. Doch leider sahen und sehen sie sich noch immer zahlreichen Formen von Diskriminierung und Benachteiligung ausgesetzt. Dem entgegenzuwirken verpflichtet sich der Landtag als Teil einer Politik, die sich positiv auf die Vielfalt der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen bezieht.

- Konzepte für ein zukunftsfähiges Miteinander der Generationen auszuarbeiten

Nicht zuletzt stellt der demographische Wandel unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Auswirkungen der demographischen Umbrüche stellen sich dabei regional sehr unterschiedlich dar. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen Konzepte entwickeln, die die Infrastruktur Nordrhein-Westfalens angesichts der sich verändernden Gesellschaftsstruktur zukunftsfähig gestaltet, das solidarische Miteinander der Generationen fördert, altersbedingter Diskriminierung vorbeugt und Mehrgenerationenkonzepte voranbringt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- der „Charta der Vielfalt“ beizutreten und Unternehmen, weitere Gebietskörperschaften und Organisationen dazu zu gewinnen es ihr gleich zu tun.
- dem Parlament regelmäßig über die Maßnahmen zur besseren gesellschaftlichen Teilhabe aller zu berichten.

- eine breit angelegte Kampagne zur Förderung des Diversity Ansatzes nach dem Vorbild „mehr Demokratie wagen“ zu starten.

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Josefine Paul
Verena Schäffer

Norbert Römer
Britta Altenkamp
Heike Gebhard
Gerda Kieninger

und Fraktion

und Fraktion